bnr.de
blick nach rechts

22. Jahrgang | 18 | 02. September 2005

Rechte Szene 2

Spaltungstendenzen
Die NPD-Ersatzveranstaltung für den verbotenen Rudolf-Heß-Gedenkmarsch in Nürnberg stieß in der Neonaziszene auf geringe Akzeptanz.

"Unfähigkeit oder Absicht"
In Baden-Württemberg muss die NPD auf Landeslistenkandidaten und in Rostock auf Jürgen Rieger verzichten.

Saubermänner
Zahlreiche NPD-Bewerber zur Bundestagswahl haben eine neonazistische Vergangenheit und/oder sind vorbestraft.

Schlagende Argumente
Für die niedersächsische NPD kandidiert neben militanten Rechten der Pädagoge Molau.

Politisches Straßentheater
In Stade und Buxtehude wurde die NPD im Wahlkampf vorgeführt.

NPD-Parteichef verurteilt
Udo Voigt erhält wegen Volksverhetzung viermonatige Haftstrafe auf Bewährung.

Ausland 7

"Land der Helden"
Neonazitreffen unter griechischer Sonne.

Demokratische Initiativen 8

"Rechtzeitig aufstehen"
Der SPD-Parteivorsitzende diskutiert mit Schülern und Vertretern zivilgesellschaftlicher Initiativen über das Thema Rechtsextremismus.

Nachhaltig gegen rechts
Der Verein „Gesicht zeigen!“ will mit zahlreichen Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus immunisieren und engagiert sich in der Bildungsarbeit.

Blick in die Zeitgeschichte 10

Jahrestag der Schande
Am 15. September 1935 wurden auf dem NSDAP-Reichsparteitag in Nürnberg die judenvernichtenden Gesetze verabschiedet.

Meldungen 11

Rechte Szene

Spaltungstendenzen

Die NPD-Ersatzveranstaltung für den verbotenen Rudolf-Heß-Gedenkmarsch in Nürnberg stieß in der Neonaziszene auf geringe Akzeptanz.

Vor dem geplanten Heß-Gedenkmarsch am 20. August im bayerischen Wunsiedel herrschte heilloses Durcheinander in der rechtsextremen Szene. Wider Erwarten hatte das Bundesverfassungsgericht das Verbot für die diesjährige Gedenkveranstaltung der Neonazis bestätigt. Das oberste zuständige Gericht begründete diese Ablehnung damit, dass in einem Eilverfahren nicht ausreichend Zeit bliebe, die relevanten Streitpunkte zu klären. Damit würde der Rechtskampf um die Klärung, ob ein Gedenken für Hitler-Stellvertreter Heß legal sei oder nicht erst recht beginnen, zeterten die Organisatoren um Rechtsanwalt Jürgen Rieger. Die Parole von der „Neufassung des Maulkorbparagraphen 130 §“ wurde herausgegeben.

Beim Wunsiedel-Koordinationsteam müssen die Köpfe geraucht haben, um einen adäquaten Ersatzort aufzutreiben. Langfristig geplanten Ersatzveranstaltungen im Raum Bayreuth wurde sofort eine Absage erteilt. Dennoch mobilisierte das Wunsiedel-Komitee weiter in Richtung Süden. Zur Wahl standen noch angemeldete Demonstrationen in Nürnberg, Karlsruhe, Jena, Berlin und Magdeburg. Ein Aufmarsch vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wurde kurz darauf unterbunden, auch die Stadt Nürnberg erließ ein Verbot und Ralf Wohlleben zog seine Anmeldung für Jena zurück, wie es hieß, um den Weg für Magdeburg freizumachen.

Während dieser Organisationsphase lag die Mobilisierung in den Händen der Freien Nationalisten, die Interessenten über das „Nationale Infotelefon Rheinland“ auf dem Laufenden hielten. Obwohl NPD-Homepages darüber berichteten, dass das Verbot in Nürnberg aufgehoben worden sei, schwenkten die Nachrichtenplattformen der Kameradschaftsszene nicht um. Deutliche Diskrepanzen wurden sichtbar. Während NPD-Strategen aus dem Umfeld der sächsischen Landtagsfraktion zu einer Teilnahme in Nürnberg aufriefen, steuerten die Busse der Freien Nationalisten weiterhin Berlin und Magdeburg an.

So war es wenig verwunderlich, dass nicht einmal 500 Neonazis an der zentralen NPD-Ersatzveranstaltung für Wunsiedel unter dem Motto „Arbeit für Deutsche“ auf dem Nelson-Mandela-Platz in Nürnberg teilnahmen. Die Leitung der Veranstaltung hatte aus juristischen Gründen Anmelder Uwe Meenen, NPD-Chef aus Würzburg.

Tief in Aktenordnern versunken, reiste Jürgen Rieger im klapprigen, ausgemusterten Bundeswehrfahrzeug gemeinsam mit Thomas Wulff an. Der NPD-Chef Udo Voigt erschien gar nicht erst in Nürnberg, obwohl seine Partei die Wunsiedel-Absage für ihre Zwecke nutzte. Apfel hatte einige seiner Mitarbeiter im Landtag im Schlepptau. Die Parlamentarierclique isolierte sich, nicht nur äußerlich, von dem Anhängern der Kundgebung. Auffällig wenige ausländische Teilnehmer zeigten sich mit ihren Flaggen und Bannern. Es gab diesmal zwar einen Reisebus aus der Schweiz, aber nur wenige Briten und Ungarn hatten Interesse an der Ersatz-Kundgebung.

Bevor die endlosen Redebeiträge des Nachmittags begannen, stellten sich die Teilnehmer in einem Kreis auf. Die Banner der NPD Franken, der NPD München und der JN säumten den Rand, einzig die „Kameradschaft Northeim“ repräsentierte die Kameradschaftsszene. Aktivisten der verbotenen „Fränkischen Aktionsfront“ stellten einen rosaroten Lautsprecherwagen zur Verfügung, und Matthias Fischer sorgte sich als NPD-Kandidat um den Ordnerdienst. Den stellten die Anhänger der „White Rebells Unterfranken“ aus dem Raum Aschaffenburg. Nach internen Querelen vertrat Norman Bordin die NPD München ohne seine einstigen Gefolgsleute Philipp Hasselbach und Hajo Klettenhofer. JN-Bundesvorständler Alexander Neidlein begrüßte Lars Käppler aus Baden-Württemberg und Alexander Delle, Mitarbeiter bei der „Deutschen Stimme“ in Riesa reckte die rote JN-Fahne hoch.

Horst Mahler, Ursula Haverbeck sowie neben anderen die Münchner Verteidigerin von Rigolf Hennig, erschienen verspätet. Nachdem Meenen und NPD-Stadtrat Ralf Ollert die Teilnehmer begrüßt hatten, hielt Thomas Wulff die erste längere Rede. Angeschlagen krächzte er ins Mikrophon, „an einem Tag wie heute lassen wir uns nicht aus der Öffentlichkeit verdrängen“. Applaus gab es, als „Steiner“ berichtete, dass weitere Ka-

meraden in Berlin und in Peine-Salzgitter aufmarschiert seien.

Tatsächlich hatten die Besatzungen von neun Bussen wie geplant Magdeburg angesteuert, ihnen war jedoch ein mündliches Verbot erteilt worden. Daraufhin mobilisierten die Neonazis direkt in die Innenstadt von Peine und konnten dort für etwa eine Stunde einen „Heß-Marsch“ durchführen. Vonseiten der Polizei hieß es später: „Hätten wir da schon genügend Beamte gehabt, hätten wir die Demonstration auch faktisch aufgelöst.“ Dass die Wahl auf den Braunschweiger Raum fiel, ist sicherlich kein Zufall, denn dort sind zur Zeit eine Gruppe mit dem Namen „Honour&Pride“ und die Band „Donnerhall“ sehr aktiv. Bereits am Vormittag waren Rechtsextremisten aus Sachsen, Berlin, Brandenburg und Vorpommern in Berlin von Mitte nach Lichtenberg marschiert, um dort unter dem Motto „Meinungsfreiheit für alle – Paragraf 130 abschaffen“ zu demonstrieren.

Insgesamt konnten doch auch die drei Aufmärsche nicht über den Misserfolg der diesjährigen Heß-Planung hinwegtäuschen. Thomas Wulff versuchte es mit Wahlmotivation, sein Spruch „Ran an die Bürger. Ran an die Menschen in diesem Lande. Unsere Zeit ist schon lange gekommen, jetzt sind wir dran!“, erntete nur mageren Applaus.

Als Wahlkämpfer trat Hauptredner Holger Apfel im pfirsichfarbenen Hemd auf. Er hielt eine hitzige Wahlkampfrede und drosch ausländerfeindliche Phrasen. Die wenigsten der Zuhörer folgten dann noch Horst Mahler und seinem Kampf „des deutschen Blutes“ nach dem Motto: „Wir versagen uns als Sklaven und stehen auf als Deutsche!“

Dem Fazit des szeneinternen Wunsiedel-Kritikers Christian Worch in Internetforen ist kaum etwas hinzuzufügen: „die Veranstaltung fand geringe Akzeptanz, dies mag daran liegen, dass sie unter NPD-Flagge lief“. Durch „den Wegfall“ des „einigenden Moments – der Ort Wunsiedel als letzte Ruhestätte von Rudolf Heß“ ist eine Zersplitterung eingetreten. Niemand habe das „Copyright“ am Gedenken an Heß, so Worch, „das hat sich am heutigen Tag gezeigt“.

Andrea Röpke

"Unfähigkeit oder Absicht"

In Baden-Württemberg muss die NPD auf Landeslistenkandidaten und in Rostock auf Jürgen Rieger verzichten.

Pannen und Streit schmälern die ohnehin geringen Chancen der NPD bei der Bundestagswahl. In Baden-Württemberg entging die Partei jetzt nur knapp einer großen Blamage: Am Donnerstag. den 25. August ließ in Berlin der Bundeswahlausschuss die Landesliste der NPD zu – doch die Partei zahlt einen hohen Preis. Sie zog von ihren 15 Kandidaten sechs zurück, darunter Landeschef Günter Deckert. Neuer Spitzenkandidat ist nun kein NPD-Mitglied, sondern der zum Bündnispartner DVU gehörende Sven Eggers.

Die NPD wollte mit dem Verzicht auf die sechs Kandidaten einen Ausschluss der Landesliste von der Wahl verhindern. Der Landeswahlausschuss in Baden-Württemberg hatte es zuvor abgelehnt, die NPD-Liste zuzulassen. An der Nominierung der NPD-Kandidaten sollen sieben Vorstandsmitglieder der Partei teilgenommen haben, ohne dazu berechtigt gewesen zu sein. Die NPD beschwerte sich beim Bundeswahlausschuss, zog aber auch jene sechs Kandidaten zurück, die nur mit den sieben Stimmen der Vorständler den Sprung auf die Landesliste geschafft hatten. Bei der Aufstellung der Kandidaten sei „vieles durcheinander gegangen“, monierte jetzt Bundeswahlleiter Johann Hahlen.

Einen weiteren Dämpfer erhielt die NPD in Rostock. Hier muss sie auf ihren Direktkandidaten verzichten, weil ein Parteifunktionär nicht rechtzeitig die vollständigen Wahlunterlagen einreichte. Auf die Stadt, vor allem auf Wähler in den riesigen Plattenbauvierteln, hatte die NPD große Hoffnungen gesetzt. So nominierte sie für den Wahlkreis eine der Galionsfiguren der rechtsextremen Szene, den Hamburger Anwalt Jürgen Rieger. Die Partei untersuche jetzt, so NPD-Sprecher Klaus Beier, ob der für das Missgeschick verantwortliche Funktionär aus „Unfähigkeit oder Absicht“ schlampte.

Frank Jansen

Saubermänner

Zahlreiche NPD-Bewerber zur Bundestagswahl haben eine neonazistische Vergangenheit und/oder sind vorbestraft.

Zur Bundestagswahl am 18. September will die NPD in den 16 Bundesländern mit Listen und Eigenangaben zufolge in 299 Wahlkreisen mit Direktkandidaten antreten. „Wir haben keinen Grund uns zu verstecken“, heißt es in der aktuellen Ausgabe des NPD-Blatts „Deutsche Stimme“ in einem Bericht über die NPD-Bewerber für „den Reichstag“. Mithin ein Grund, die Bewerberschar genauer unter die Lupe zu nehmen.

Mehrere NPD-Bundestagskandidaten waren in zwischenzeitlich verbotenen Neonazi-Organisationen tätig:
Klaus Beier, NPD-Bundespressesprecher und Landesvorsitzender in Brandenburg, war stellvertretender Schatzmeister der 1992 verbotenen Neonazi-Gruppe „Deutsche Alternative“. Der NPD-Chef von Nordrhein-Westfalen Stephan Haase, einschlägig vorbestraft wegen Volksverhetzung, wirkte als „Stützpunktleiter Lüdenscheid“ der ebenfalls 1992 verbotenen „Nationalistischen Front“. Thorsten Heise, Mitglied des NPD-Bundesvorstandes, der wegen diverser Delikte, darunter gefährlicher Körperverletzung, rund 38 Monate im Gefängnis gesessen hat, war niedersächsischer Landesvorsitzender der 1995 verbotenen FAP. FAP-Mitglied war auch Rüdiger Kashner, Vertreter der „parteiungebundenen Kräfte“ in Nordrhein-Westfalen. Als „unbestrittener Führer“ (Verfassungsschutz) der 2004 verbotenen „Fränkischen Aktionsfront“ (F.A.F.) wirkte das bayerische NPD-Landesvorstandsmitglied Matthias Fischer

Sascha Roßmüller, NPD-Bundesvorstandsmitglied, bayerischer NPD-Landesgeschäftsführer, Berater der NPD-Fraktion in Sachsen, vormals Chef der Jungen Nationaldemokraten (JN), gehörte 1991 zu den Gründungsmitgliedern des 1993 in Bayern verbotenen „Nationalen Blocks“. Edda Schmidt, Mitglied des NPD-Landesvorstandes Baden-Württemberg, unter anderem wegen Volksverhetzung vorbestraft, war Gaumädelführerin der 1994 verbotenen Wiking-Jugend. Über zehn Jahre hinweg amtierte sie als Schriftleiterin der WJ-Postille „Wikinger“. Frank Schwerdt, NPD-Bundesgeschäftsführer und NPD-Landeschef Thüringen, vorbestraft wegen Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organe und Volksverhetzung, stand der Gruppe „Die Nationalen“ vor, die im November 1997 durch Auflösung einem Verbot zuvorkam. Thomas Wulff, unter anderem wegen Volksverhetzung vorbestraft, persönlicher Referent des NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt, war Kopf der 1995 in Hamburg verbotenen „Nationalen Liste“. Wulff gilt als einer wichtigsten Exponenten der „Freien Kameradschaften“.

Verurteilung wegen versuchten Mordes

Eine Reihe weiterer NPD-Bundestagskandidaten weist – zum Teil auch erhebliche – Vorstrafen auf:
Christoph Bauer, NPD-Kandidat im südbadischen Waldshut, wurde 2003 wegen Schmierestehens bei der Schändung des Jüdischen Friedhofs im pfälzischen Busenberg im Jahr 1994 zu einer viereinhalb-monatigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt. Bauer gehörte einst der FAP an. Norman Bordin, NPD-Mitglied, war Gründer der bayrischen „Kameradschaft Süd“. Wegen versuchter Körperverletzung saß er eine 15-monatige Haftstrafe ab. Claus Cremer, Landesvize der NPD in Nordrhein-Westfalen, wurde im Februar dieses Jahres wegen Volksverhetzung zu einem Jahr Haft auf Bewährung verurteilt. Nico Wedding, JN-Landesvorsitzender in NRW, wurde wegen seiner Teilnahme an dem am 9. Juli 2000 erfolgten Überfall auf die KZ-Gedenkstätte Kemna zu einer Haftstrafe von 18 Monaten ohne Bewährung verurteilt. Heino Förster, seit 1965 NPD-Mitglied in Schleswig-Holstein, war wegen versuchten Mordes 1993 zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden. Förster hatte im Juli 1992 Jugendliche zu einem Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim im mecklenburg-vorpommerschen Boizenburg angestiftet.
Der Liedermacher Jörg Hähnel, NPD-Landesvize in Berlin, ist wegen Sachbeschädigung, Sprühen von fremdenfeindlichen Parolen an öffentlichen Gebäuden vorbestraft. Uwe Meenen, Landesvorstandsmitglied der NPD Bayern und NPD-Bezirksvorsitzender Unterfranken, erhielt 2004 wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eine Geldstrafe und ist wegen Volksverhetzung verurteilt. Reinhold Oberlercher, neben Meenen Führungskopf des

antisemitischen „Deutschen Kollegs, ebenso wegen Volksverhetzung vorbestraft. Der parteilose Rechtsextremist aus Hamburg, kandidiert im Main-Spessart Kreis in Unterfranken. Karl Richter, Leiter des Parlamentarischen Beratungsdienstes der sächsischen NPD-Landtagsfraktion, hat eine Vorstrafe wegen Volksverhetzung. Jürgen Rieger kandidiert für die NPD in Hamburg. Der Rechtsanwalt ist wegen Bedrohung und mehrfach wegen Volksverhetzung verurteilt. Rigolf Hennig, parteilos, ehemals Kreisvorsitzender der Republikaner in Niedersachsen, ist vorbestraft wegen Volksverhetzung. Er war verantwortlich für die Veröffentlichung eines Artikel in dem es hieß: „Den Holocaust gab es nicht."
Als Spitzenkandidat der NPD in Brandenburg tritt Sigmar-Peter Schuldt, DVU-Landesvorsitzender und parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion, an. Schuldt wurde im Februar 2001 vom Amtsgericht der Stadt Brandenburg wegen Nötigung zu einer Geldstrafe von 3400 Euro verurteilt. Der Parlamentarier hatte nach einer verbalen Auseinandersetzung mit einem LKW-Fahrer seinen Revolver aus dem Auto geholt und auf sein Opfer gerichtet. Das Gericht zog den Revolver ein, da Schuldt „nicht befähigt sei, damit umzugehen".
Alexander Neidlein, JN-Landesvorsitzender in Baden-Württemberg, wurde Ende 1994 in Lübeck zu einer Jugendstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt. Zusammen mit zwei weiteren Kameraden hatte er im Dezember 1993 ein Postamt in Lübeck überfallen. Mit der Beute will das Trio eine Reise zu südafrikanischen Rechtsextremisten finanziert haben. Die Kontakte hatte Neidlein bei seinem Söldnereinsatz in Bosnien geknüpft. In Südafrika wurde Neidlein wegen illegalen Waffenbesitzes zu drei Jahren auf Bewährung verurteilt und in die Bundesrepublik abgeschoben. Eckart Bräuniger war Anfang der 90er Jahre als Neonazi-Söldner im Einsatz in Kroatien. Damals waren rund 100 bundesdeutsche Neonazis auf den Balkan gereist, um im jugoslawischen Bürgerkrieg mitzumischen. Enge Kontakte pflegte Bräuniger zur rechtsextremen Band „Landser". Zuletzt lieferte Bräuniger im April 2004 Schlagzeilen. Die Polizei machte eine Razzia bei der „Kameradschaft Nordland" auf einem Brandenburger Waldstück. Zu den sieben Festgenommenen der Wehrsportgruppe zählte auch Bräuniger.

Anton Maegerle

Schlagende Argumente

Für die niedersächsische NPD kandidiert neben militanten Rechten der Pädagoge Molau.

Auch in Niedersachsen setzt die NPD verurteilte Straftäter als Kandidaten zur Bundestagswahl im September ein. Im Wahlkreis Nienburg II-Schaumburg stellt sich Marcus Winter zur Wahl. Der 26-jährige Meerbecker ist Anführer der inzwischen umbenannten „Kameradschaft Weserbergland". Er wurde erst in diesem Jahr nach längerer Haft aus dem Gefängnis entlassen, dem bereits wegen Körperverletzung vorbestraften Neonazi war vom Amtsgericht Rinteln 2002 vorgeworfen worden, einen Schüler misshandelt zu haben. Bis zu seiner Verhaftung befand sich Winter auf der Flucht. Nach seiner Haftentlassung unter polizeilichen Auflagen setzte er sich sofort wieder an die Spitze der rechtsextremen Szene im Weserbergland und führte unter anderem einen Aufmarsch in Bückeburg am 1. Mai maßgeblich mit an.

Der im Wahlkreis Braunschweig nominierte NPD-Kandidat Michael Weinberg hat bereits einen Gefängnisaufenthalt hinter sich. Der bullige Glatzkopf aus dem Umfeld der Kameradschaft „Skinheads Braunschweig" war nicht nur im Jahr 2001 „Sieg Heil" grölend durch die Straßen gezogen. In einem Interview mit der „Braunschweiger Zeitung" bezeichnete er junge Neonazis lapidar als „Nachwuchskünstler, die mal über die Stränge schlagen." 2002 feierte er gemeinsam mit anderen Hitlers Geburtstag in einer Braunschweiger Gaststätte.

Einer der NPD-Kandidaten, die bisher noch nicht strafrechtlich, aber dafür politisch umso mehr auffielen, ist Andreas Molau. Der ehemalige Waldorff-Pädagoge aus Wolfenbüttel kandidiert im Wahlkreis Salzgitter-Wolfenbüttel. 2004 war ihm der Lehrauftrag an der Braunschweiger Schule entzogen worden, nachdem er bereits zuvor gekündigt hatte um als wissenschaftlicher Mitarbeiter der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag zu wirken. Molau gehört der NPD seit 2004 an und sagt, er habe eine „links-nationale Einstellung". 20 000 Wahlzeitungen und Flugblätter will er bis zum Wahltag verteilen lassen.

Andrea Röpke

Politisches Straßentheater

In Stade und Buxtehude wurde die NPD im Wahlkampf vorgeführt.

Jan-Timo (19) lässt sich möglichst keine NPD-Aufführung in der Region entgehen. Bühne frei: „Prima Nazi-Propaganda“ ruft er, sobald ein NPD-Gefolgsmann sich mit einem Packen Zeitungen ins Getümmel des Stader Wochenmarktes wagt. Jan-Timo übernimmt die peinliche Werbung, für die der Parteisoldat zu schüchtern ist. Rasch entnervt und gedemütigt schleicht sich der Bewunderer von Gewalt, Krieg und Vernichtung zurück unter das schützende Zeltdach des Wahlkampfstandes.

Kein Neonazi wagt es, Jan-Timo nur schief anzusehen. Schließlich wollte sich die NPD bei ihren wöchentlichen Auftritten in Stade und Buxtehude als „völlig normale“, als „demokratische“ Partei ausgeben. Jan-Timo ist der leibhaftige Gegenbeweis. Wie sein Hemd: ein rotes Tuch. Bei einer von Adolf Dammann geleiteten Kundgebung am 13. März 2004 auf dem Pferdemarkt von Rotenburg (Wümme) schlug ein NPD-Mitglied mit dem Plakatträger zu: Jochbeinbruch, das Augenlicht in Gefahr – Jan-Timo kennt Gewalt und zeigt seine Narbe an der rechten Schläfe. Eineinhalb Jahre später, auf dem Pferdemarkt von Stade, beschämt er die jungen Rechtsextremisten mit entwaffnendem Lächeln und brüderlicher Umarmung. Die Ironie, mit der er den Gleichaltrigen begegnet, kann schmerzlicher sein als ein Faustschlag.

Antifa, Grüne Jugend und Jusos lassen die NPD so alt aussehen wie das ist, wofür sie steht. Auf Schritt und Tritt werden die blutjungen Wahlkampfhelfer von jungen Frauen abgefangen, die braune Papiere umgehend in blauen Säcken entsorgen. Demokratie ist duldsam. Entspannung bei der Polizei. Einmal macht ein NPD-Helfer Alarm, weil er geschlagen worden sein will. Der Staatsschutz nimmt seine Anzeige einer Kopfnuss auf. Sonst reine Uniform-Präsenz mit minimalem Aufwand. Keine vorläufigen Festnahmen, keine Platzverweise. Die NPD ist normal zu behandeln, sagt das Gesetz. Das beansprucht die unverbotene Partei für sich selbst immerzu. Und ginge dabei am liebsten konspirativ vor. Ihre Wahlkämpfer treten namenlos auf. Haben Angst vor der Öffentlichkeit. Einige sind minderjährig.

Der Direktkandidat zur Bundestagswahl für den Wahlkreis 31 (Stade-Cuxhaven), Platz drei auf der Landesliste, Nummer zwei im niedersächsischen Parteivorstand, Adolf Dammann (65), Bankfilialleiter im Ruhestand aus Buxtehude, rechtsextremer Drahtzieher seit 40 Jahren, die „braune Eminenz“ im Elbe-Weser-Dreieck, schickt seine jugendlichen Truppen aus.

Auf dem Platz bildet sich kurz eine Menschentraube. Dammann hat sich in Rage geredet. Buxtehuder Gymnasiasten führen den Anführer intellektuell vor. Kopfschütteln bei den Passanten. „Ach, geh doch los!“, winkt ein älterer Mann ab, als Dammann anfängt, von „20 Millionen Ausländern, die wir mit durchschleppen“, und deren Vertreibung er als Patentlösung anpreist. „Hitler war ein guter Mann“, platzt einer der Jungen heraus. Auf prompten Widerspruch schwächt er ab: „hat viel Gutes gemacht“. Den Krieg haben die Engländer angefangen, trotzt er. Das darf man nicht sagen, ist verboten. Oder doch nicht? Sie spielen verfolgte Unschuld und halten ihr Geschwätz für „unterdrückte Wahrheit“. Martin Zaha (20) will sein Gesicht zunächst verbergen. Er wollte als Bürgermeister in Himmelpforten kandidieren. Und hätte sich als Amtsträger eine Maske umgebunden?

Lange und oft konnte die NPD auf dem Tanzboden einer früheren Gaststätte in der Ortsmitte von Bargstedt Nachwuchs schulen. In Lehrgangs-Unterlagen wird als Umgang bei – wohlgemerkt – internem Zwist empfohlen: „Humanitätsduselei und Herumpsychiatern löst das Problem nicht – Müll muss umgehend zur Tonne gebracht werden.“ In Stade und Buxtehude bekam die NPD eine Lektion in demokratischer Kultur. Allererste Spielregel: Widerspruch wird nicht einfach nieder geknüppelt.

Jan-Timo lässt sie nicht aus dem Auge, das einer ihresgleichen ihm fast ausgeschlagen hätte. Toleranz kann für die, die sie nicht ertragen und abschaffen wollen, äußerst quälend sein. Jan-Timo stimmt ein in den höhnischen Beifall, als die unerwünschte Partei einpackt und die „Gute Heimreise“-Plakate im Kofferraum verstaut sind. Sie wurden ertragen, aber mit sanftem Nachdruck der Straße verwiesen.

Uwe Ruprecht

NPD-Parteichef verurteilt

Udo Voigt erhält wegen Volksverhetzung viermonatige Haftstrafe auf Bewährung.

Der NPD-Vorsitzende Voigt wie sein Anwalt Carsten Schrank waren von dem Urteilsspruch überrascht. Sie hatten fest mit einen Freispruch gerechnet. Die Angelegenheit, über die am 25. August vor dem Amtsgericht Schwerin verhandelt wurde, liegt fast sieben Jahre zurück. Im Sommer 1998 während des Landtagswahlkampfes in Mecklenburg-Vorpommern, hielt Voigt in Greifswald eine Rede vor rund 60 meist jungen Nationalisten. Zur Zeit des Kalten Krieges hätte er notfalls die Waffe in die Hand genommen, um Deutschland zu verteidigen: „Das erwarten wir von euch auch.“, bekräftigte Voigt seine Worte unter großem Applaus. Die Rede war bekannt geworden, weil ein Team des ZDF auf der Veranstaltung gefilmt und in der Sendung „Kennzeichen D“ teilweise ausgestrahlt hatte. 2002 stand Voigt deswegen schon einmal vor Gericht. Doch das damals federführende Amtsgericht Greifswald hatte den NPD-Chef aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Da die Kassette mit dem Rohschnitt von Voigts Rede bei einem Brand vernichtet worden war, wollte sich das Gericht nicht darauf festlegen, dass Voigt seine Worte in strafbarer Weise geäußert hatte.

Ein erstes Berufungsverfahren wurde nicht zu Ende geführt. Das Gericht konnte damals wichtige Zeugen innerhalb der vorgeschriebenen Zehn-Tages-Frist nicht vorladen. Im jetzigen Berufungsverfahren wurden keine Zeugen gehört. Während des Verfahrens nahm Voigt zur Anklage Stellung Er stehe weiterhin zu seinen 1998 in Greifswald gemachten Äußerungen, betonte der NPD-Chef. Er habe die Greifswalder Jugend allerdings nur für „den geistigen Kampf“ gewinnen wollen: „Ich wusste, dass das jugendliche Publikum aktionistisch war und gerne mal zugelangt hätte. Aber genau das wollte ich ja unterbinden,“ so Voigt. Das Gericht sah in diesen Einlassungen Schutzbehauptungen. Es folgte den Ausführungen des Staatsanwalts, der in der Rede eindeutig einen Appellcharakter an die Zuhörer sah. Hat das Urteil Bestand, ist Voigt vorbestraft.

Peter Nowak

Ausland

"Land der Helden"

Neonazitreffen unter griechischer Sonne.

Die griechische Rechtsaußenpartei Chryssi Avgi hält trotz anhaltender Kritik aus dem In- und Ausland an ihren Plänen zur Ausrichtung des Eurofestes 2005 fest. Unter dem Wahlspruch „Hellas – Land der Helden“ laden die Rechtsextremisten Gleichgesinnte aus Europa vom 16. bis zum 18. September zu einem „Paneuropäischen Nationalen Sommercamp“ ein. Protestiert werden soll mit der Veranstaltung vor allem gegen einen möglichen EU-Beitritt der Türkei. Federführend mitbeteiligt ist auch die NPD.

Nach dem „Fest der Völker“ im Juni in Jena (bnr 13/05) ist das Zusammentreffen ein weiterer Versuch zur Schaffung einer vereinten Europäischen Nationalen Front. Neben Chryssi Avgi (Goldene Morgenröte), einem Sammelbecken für griechische Skinheads und Neonazis, treten auch die NPD, die spanische Neonazi-Organisation La Falange, die italienische Forza Nuova und Noua Dreapta aus Rumänien als Mitveranstalter auf. Auf der im Internet veröffentlichten Gästeliste werden Udo Voigt, Chryssi Avgi-Chef Nikos Mihaloliakos und Roberto Fiore, Präsident der Forza Nuova, als Redner angekündigt. Auch auf ein spontanes Erscheinen des französischen Rechtsextremisten Jean-Marie Le Pen hoffen die Veranstalter laut Presseberichten noch. Schauplatz soll ein Campingplatz nahe der Ortschaft Meligala, etwa 150 Kilometer von Athen sein.

Parallel zu dem als „offener Kongress zur Verteidigung der europäischen Identität“ ausgeschriebenen Treffen wird am selben Ort das 3. „Hatewave Festival“ stattfinden, das von der Jugendorganisation von Chryssi Avgi organisiert wird. Dabei werden Rechtsrock-Bands aus Italien, Großbritannien und Griechenland auftreten. Mit „Faustrecht“, im Internet angekündigt als „deutsche Kriegsmaschine“, ist auch eine Band aus Deutschland vertreten. Geworben wird für das Festival unter anderem auf verschiedenen„Blood&Honour“-Webseiten.

Michael Funk

Demokratische Initiativen

"Rechtzeitig aufstehen"

Der SPD-Parteivorsitzende diskutiert mit Schülern und Vertretern zivilgesellschaftlicher Initiativen über das Thema Rechtsextremismus.

Franz Müntefering sieht beim Rechtsextremismus keinen Grund zur Entwarnung. Im Gegenteil: „Das Thema ist so ernst, dass man rechtzeitig aufstehen“ muss, um dagegen vorzugehen. betonte der SPD-Parteivorsitzende bei seinem Besuch im Oberstufenzentrum (OSZ) am 17. August in Cottbus. Rund 80 Schülerinnen und Schüler hatten sich dort in der Aula zu einem „Tag für Demokratie und gegen Rechsradikalismus“ versammelt. Neben Müntefering waren auch der frühere brandenburgische Bildungsminister und jetzige SPD-Bundestagskandidat Steffen Reiche sowie die SPD-Landtagsabgeordnete Martina Münch, Sprecherin des Aktionsbündnisses Cottbuser Aufbruch, erschienen, um mit den Jugendlichen zu diskutieren.

Der SPD-Chef war beeindruckt von den Projekten, die die jungen Leute präsentierten, in denen sie sich beispielsweise mit der NS-Vergangenheit oder mit Fremdenfeindlichkeit auseinandersetzten. Kampf gegen rechts sei nicht nur der Kampf gegen Neonazis, sondern gegen alle, die sich gegen gesellschaftliche Minderheiten wenden, sagte Müntefering. Aber: Gegenüber Intoleranz dürfe keine Toleranz geübt werden, mahnte der SPD-Vorsitzende in Richtung der rechtsextremen NPD und Konsorten. Unter den Anwesenden war nämlich auch ein Dutzend junger Rechtsextremisten, die durchaus selbstbewusst auftraten – unter anderem mit T-Shirts, auf denen Sprüche wie „Schöner leben mit Nazi-Läden“ oder „Ehre den mutigen Söhnen Europas“ prangten – und sich lautstark zu Wort meldeten. Müntefering ließ sich nicht beirren. „Sie werden keine Chance haben in Deutschland“, erklärte er knapp gegenüber den Rechtsextremisten.

Was zur Bekämpfung des Rechtsextremismus getan werden kann, darüber diskutierte Franz Müntefering dann wenige Stunden später an diesem 17. August in Dresden. Eingeladen hatte den Parteichef zu der Gesprächsrunde, an der unter anderem die sächsischen SPD-Politiker Michael Sturm, Bundestagskandidat in Dresden, der Landtagsabgeordnete und Fraktionsgeschäftsführer Martin Dulig sowie Vertreter verschiedener zivilgesellschaftlicher Initiativen teilnahmen, der örtliche DGB.

Übereinstimmend wurde aus den Initiativen, darunter Netzwerk Demokratie und Courage, Kulturbüro Sachsen, Aktion Bürger.Courage, Aktion Zivilcourage Pirna sowie die Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA) von zunehmender Gewaltausübung rechtsextremer Gruppen in jüngster Zeit berichtet. Die Opferberatungsstelle Dresden der RAA zählte im Landkreis Sächsische Schweiz in den ersten sieben Monaten dieses Jahres bisher 32 rechtsextrem motivierte Gewalttaten, die meisten davon Körperverletzungen, während im vergangenen Jahr dort 24 Übergriffe registriert worden seien. Im Durchschnitt würden in der Region einmal in der Woche Menschen von Rechtsextremisten verletzt, informierte das Kulturbüro Sachsen. Erst am Vortag sei in Dresden der Gedenkstein für den 1991 ermordeten Studenten Jorge Gomondai geschändet, am Tatort die Aufschrift „Tod allen Nichtdeutschen“ hinterlassen worden, wurde berichtet. Mehrere Gesprächsteilnehmer beklagten das mangelnde Engagement gegen rechts an den Schulen und auch bei der Polizei. So hätten beispielsweise Rechtsextremisten unlängst ein Bürgerfest in Pirna gestürmt und auf der Bühne ein Transparent entrollt – die Polizei habe dies als Meinungsfreiheit bezeichnet und sei nicht eingeschritten, wurde kritisiert.

Müntefering, der aufmerksam zuhörte und auch nachhakte, versprach den Initiativen „jedwede Unterstützung“. Wünschenswert sei für ihre wichtige Arbeit eine Strecke von vier bis fünf Jahren. 19 Millionen Euro habe die rotgrüne Bundesregierung auch im Haushaltsplan für das Jahr 2006 zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt bereitgestellt, sagte der SPD-Vorsitzende. Jedes gebe es aber auch Streit mit der Opposition über die Höhe der Fördergelder, bedauerte Franz Müntefering.

Gabriele Nandlinger

Nachhaltig gegen rechts

Der Verein „Gesicht zeigen!“ will mit zahlreichen Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus immunisieren und engagiert sich in der Bildungsarbeit.

Fünf Jahre ist es her, da gründete der damalige Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye gemeinsam mit Paul Spiegel und Michel Friedman den Verein „Gesicht zeigen! Aktion weltoffenes Deutschland“. Konkreter Auslöser war ein Anschlag auf eine Synagoge in Düsseldorf. Der Verein startete fulminant mit einer Demonstration in Berlin am 9. November 2000 unter dem Motto „Aufstand der Anständigen“. Doch bald schienen die überregionalen Medien das Interesse an Thema und Aktivitäten zu verlieren.

Dabei lohnt der Blick hinter die Kulissen von „Gesicht zeigen!“ allemal. Mit lediglich zweieinhalb hauptamtlichen Stellen – und dank des Einsatzes vieler Praktikanten und Ehrenamtlicher – bewältigt der Verein ein enormes Pensum. Da wird alljährlich die „Aktionswoche gegen Rassismus“ rund um den 21. März, dem UN-Tag zur Überwindung des Rassismus’, mit vielen Einzelveranstaltungen veranstaltet. Regelmäßig erarbeitet „Gesicht zeigen!“ Kino-, Fernseh- und Rundfunkspots, Anzeigen und Plakate, um eine breite Öffentlichkeit gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus zu immunisieren. Und nicht zuletzt engagiert sich der Verein in der Bildungsarbeit.

„Wir wollten Jugendlichen einen anderen als den üblichen Blick auf Migranten in Deutschland eröffnen“, umreißt Rebecca Weiß, eine der Vereins-Geschäftsführerinnen, die erfolgreiche Projektreihe „Rent/Meet an immigrant/ Besuche im anderen Leben“. Jugendliche an insgesamt zwölf Brandenburger Schulen erhielten die Chance, Berliner mit Migrationshintergrund kennen zu lernen – und zwar als Experten und Lehrende, nicht etwa als „Opfer“. „Wir haben sehr unterschiedliche Experten gewonnen“, sagt Valerie Thiesmeyer, ebenfalls Geschäftsführerin von „Gesicht zeigen!“ Da bot eine Sozialarbeiterin polnischer Herkunft in „ihrer“ Schulklasse ein interkulturelles Länderquiz an, der afro-deutsche Kriminalkommissar Mike R. diskutierte mit „seinen“ Schülern über Vorurteile und Kriminalität, und die indischstämmige Unternehmensberaterin Sujata B. präsentierte bei ihrem Schulbesuch indische Musik.

Valerie Thiesmeyer: „Wichtig sind Vor- und Nachbereitung dieser Unterrichtsbesuche, denn das Vorwissen der Schüler, aber zum Teil auch der Lehrer, ist sehr gering.“ Im Gegenzug besuchten die Brandenburger Schüler „ihre“ Immigranten im jeweiligen Berufs- und Lebensumfeld in Berlin. „Natürlich geht es vor allem darum, den gängigen Ausländerklischees entgegenzuwirken“, so Valerie Thiesmeyer. Das große Interesse der Schüler zeige, dass das Projekt funktioniere. Allerdings ist die Nachfrage landesweit erschreckend gering. 193 Schulen in Brandenburg hatte der Verein ursprünglich angeschrieben, von denen sich letztlich zwölf beteiligten. „Dabei entstanden für die Schulen keinerlei Kosten. Das Projekt wurde durch das Civitas-Programm gefördert. Wir haben Materialien geliefert und die Teamerinnen gestellt“, sagt Rebecca Weiß. Angesichts knapper Ressourcen setzen die Aktiven bei „Gesicht zeigen!“ einen starken Akzent auf die Erarbeitung und Verbreitung von Materialien, etwa den „Medienkoffer für Zivilcourage“, eine multimediale Lehrmittelsammlung, Nachschlagwerke, Poster und Plakate, um multiplikatorisch zu wirken. Die jüngste Aktion des Vereins ist ein gemeinsam mit dem Anne-Frank-Zentrum und dem Verein „Gegen Vergessen“ gestarteter Aufruf im Bundestagswahlkampf: „Keine Entwarnung“ heißt es auf den schwarz-rot-goldenen Plakaten, und in dem von inzwischen 800 Institutionen und Einzelpersonen, darunter zahlreiche Prominente, unterzeichneten Appell wird auf die weiter bestehenden Gefahren durch Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit hingewiesen.

„Direkt zu Beginn wurden wir als ‘Promi-Verein’wahrgenommen“, erinnert sich Valerie Thiesmeyer. Bis heute unterstützen tatsächlich viele Prominente wie die Schauspielerin Iris Berben oder der Sänger Marius Müller-Westernhagen den Verein, doch, „dieser Teil ist nur eine Facette unserer Arbeit“.

Gudrun Giese

www.gesichtzeigen.de, Kotakt@gesichtzeigen.de

Blick in die Zeitgeschichte

Jahrestag der Schande

Am 15. September 1935 wurden auf dem NSDAP-Reichsparteitag in Nürnberg die judenvernichtenden Gesetze verabschiedet.

Als sich die Spitzen des „Dritten Reiches“ Mitte September 1935 in Nürnberg zum jährlichen Reichsparteitag der NSDAP versammelten, ahnten sie wohl nicht, dass sie sich zehn Jahre später in Nürnberg wieder treffen würden – allerdings dann als Angeklagte vor einem internationalen Militärtribunal. Das galt für Hitlers Stellvertreter in der Nazipartei, Rudolf Heß, ebenso wie für den Präsidenten des Reichstages, Hermann Göring, den Gauleiter von Franken, den „Stürmer“-Chefredakteur Julius Streicher und etliche Reichsminister. 1935 waren sie in die fränkische Metropole gekommen, um der Verfolgung der Juden den rechtlichen Rahmen zu geben. Schließlich wurde im „Dritten Reich“ auch für jedes Verbrechen ein Gesetz geschaffen. 1945 wurden sie dafür zur Verantwortung gezogen.

Für die Verabschiedung der judenfeindlichen Gesetze waren die Mitglieder des Reichstages nach Nürnberg beordert worden, um vor aller Welt zu demonstrieren, was die Regierung mit den Juden vorhatte. Das „Reichsbürgergesetz“ legte fest: Nur wer Deutscher war oder „artverwandtes Blut“ hatte, konnte Bürger des Reiches sein. Damit verloren alle etwa 500 000 deutschen Juden ihre politischen Rechte. Sie waren nur noch „Staatsangehörige“. Das zweite vor 70 Jahren verabschiedete Unrecht war das „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“. Es stellte Eheschließungen und Geschlechtsverkehr mit Juden unter Strafe, ebenso die Beschäftigung deutschen Personals unter 41 Jahren in jüdischen Haushalten. Beiden Gesetzen folgten bis zum Juli 1943 viele Durchführungsverordnungen, um die Juden völlig rechtlos zu machen und schließlich verschleppen zu können. Sie durften keine Radios besitzen, keine Autos, keine Fahrräder, keine Haustiere, nur noch zu bestimmten Zeiten in bestimmten Geschäften einkaufen, sich nicht in öffentlichen Parks aufhalten, keine Kinos, Theater und Konzerte besuchen, mussten schließlich in „Judenhäuser“ umziehen, von wo aus die Verschleppung in die Lager mit Gaskammern und Krematorien erfolgte.

Darüber, warum auf diesem Parteitag die judenvernichtenden Gesetze verabschiedet wurden, gibt es zwei Versionen. Die einen sagen, weil es in der „Judenpolitik“ einschneidende Unterschiede zwischen Partei und Staat gab, mussten dringend Gesetze her. Andere sagen, Hitler habe sich spontan entschlossen, die Rassenpolitik zum Schwerpunkt dieses Parteitages zu machen – vor dem diplomatischen Corps. Sorgfältige Forschungen sprechen für die erste Version. Es sollte Schluss sein mit heftigen Auseinandersetzungen etwa zwischen Regierungsbeamten und der Gestapo. Die Beamten verwiesen auf fehlende Gesetze, Partei und Gestapo beriefen sich auf das Programm der NSDAP und Hitlers persönliche Formulierungen etwa in „Mein Kampf“.

Einen wichtigen Anstoß, Gesetze zu verabschieden, dürfte 1934 eine Entscheidung des Reichsgerichtes gegeben haben. Es ging um eine Ehe mit einer jüdischen Frau. Der nichtjüdische Mann hatte die Scheidung mit der Begründung beantragt, erst durch die NSDAP erfahren zu haben, wie schädlich eine „Mischehe“ für den Nachwuchs sei. Das Reichsgericht stellte sich auf den Standpunkt, „Mischehen“ seien nicht verboten, Gerichte hätten sich an geltendes Recht zu halten. Deshalb sei der Antrag des Mannes abzulehnen, es sei denn, es folge ein neues Gesetz. Das war ein willkommenes Thema für Streicher. In seinem Hetzblatt „Der Stürmer“ folgten Schauergeschichten über die Schändung arischer Mädchen durch lüsterne Juden. Streicher, damals noch ein einflussreicher NS-Funktionär, wandte sich direkt an Reichsinnenminister Wilhelm Frick mit der Forderung, „Mischehen“ zu verbieten. Das war aber ohne ausdrückliche Billigung Hitlers nicht machbar. Außerdem musste des Reichsjustizministerium entsprechende Gesetze vorlegen.

Die Entscheidung fiel schließlich am 15. September 1935 – also vor 70 Jahren. Damit war das Schicksal der Juden entschieden, der Massenmord sanktioniert. Mitverantwortlich auch Staatssekretär Hans Globke, der Chef des Kanzleramtes unter Konrad Adenauer. Globke hat durch seinen Kommentar der „Nürnberger Gesetze“ geholfen, die Theorie der Entrechtung in die Praxis umzusetzen.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

Rechtsextreme Trittbrettfahrer

Ludwigslust – Die mitgliederstarke Bürgerinitiative „Braunkohle nein“ im Landkreis Ludwigslust in Mecklenburg-Vorpommern pflegt nicht nur gute Kontakte zur NPD, zu ihren Gründungsmitgliedern gehören sogar Rechtsextremisten, wie der Schulungsreferent der NPD, Udo Pastörs aus Lübtheen. Anfang August waren Kontakte zwischen dem Landesvorsitzenden und Kreistagsabgeordneten der NPD, Stefan Köster und der Bürgerinitiative bekanntgeworden. Die Nachrichtenagentur „dpa" meldete kurz darauf, dass sich die BI von „politischen Trittbrettfahrern wie der NPD“ distanziere. Jetzt wurde aber bekannt, dass nicht nur Köster unterstützend gewirkt hatte, sondern auch weitere Rechtsextremisten sich im bürgerlichen Umfeld der Initiative gesellschaftlich verankern konnten. Ein Kritiker, der den Ausschluss der Neonazis aus dem engagierten Verein gefordert hatte, musste dagegen selbst den Hut nehmen. (ar)

Montagsdemonstrant bei der NPD

Pasewalk – Der Organisator der Pasewalker Montagsdemonstrationen Dagobert Schmidt hat nach Angaben der Netzwerkstelle Rechtsextremismus die politischen Seiten gewechselt. So trat der Vorsitzende des Sozialbündnisses Uecker-Randow zunächst Ende Juli beim offiziellen Wahlkampfauftakt der NPD in Stralsund als Redner auf und berichtete, „wie er das Bündnis ins Leben gerufen habe.! Neben ihm sprach der Neonazi Michael Gielnik aus dem Umfeld der „Bürgerinitiative Schöner Wohnen in Ueckermünde“ und des „Sozialen und Nationalen Bündnisses Pommern (SNBP)“. Auf einer rechtsextremen Internetseite hieß es daraufhin: „Gehör fanden Schmidt und seine Mitstreiter schließlich bei der NPD“. Am 11. August soll Dagobert Schmidt an einer weiteren rechten Veranstaltung in Anklam beteiligt gewesen sein. Im Gegenzug mischten sich am 22. August in Pasewalk etwa 25 Rechte unter die Montagsdemonstration des Sozialbündnisses, darunter auch Thomas Bröcker von der NPD Neubrandenburg. Gegendemonstranten störten Schmidts Rede auf dem Marktplatz. (ar)

Mangelnde Reife“

Berlin – Peter Marx, stellvertretender Vorsitzender und Bundeswahlkampfleiter der NPD, hat den JN-Chef Stefan Rochow nun auch öffentlich gerüffelt. Rochow hatte Kritik am Zustand der NPD und am Bündnis mit der DVU geübt (s. „Nationales Spießbürgertum“, bnr 17/05). Marx erklärte, es handele sich bei Rochow Stellungnahme um eine „rein persönliche Bewertung“. Die NPD bekenne sich ausdrücklich zur politischen Zusammenarbeit mit der DVU. „Auch die politische Beurteilung als ‘rechtsreaktionäres, national- und sozialdemagogisches Bündnis’ weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück.“ Rochows Äußerungen, so Marx könne man nur „als groben politischen Unfug und Zeichen mangelnder politischer Reife bewerten“. (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de